Italien

ROMAN MARUHN

Wenn in der Vergangenheit das Interesse von Wissenschaft, Medien und Öffentlichkeit in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) an Italien chronisch defizitär war, so hat sich das in den letzten zwölf Monaten nahezu umgekehrt. Der Regierung Berlusconi gelang es, mit europäischen Themen die Aufmerksamkeit der anderen EU-Partner auf sich zu ziehen. Grund dafür war, dass Rom sich durch Sonderwege, Minderheitenmeinungen und zum Teil abenteuerliche Alleingänge auf dem Brüsseler Parkett hervortat. Italien hat in der Bilanz das ihm quantitativ gebührende Maß an Medienberichterstattung erhalten – jedoch in Form von Negativschlagzeilen.

Dass Italien trotz unkonstruktivem bis obstruktivem europapolitischem Handeln noch nicht auf massiven Widerstand seiner europäischen Partner gestoßen ist, ist der besonders komplexen europa- und weltpolitischen Lage – Folgen des 11. September 2001, EU-Erweiterung, Initialisierung des Europäischen Konvents, Wahlen in Frankreich und Deutschland – zu verdanken.

Andererseits steht aber auch zu befürchten, dass Roms Politik und seine Politiker in ihren Leistungen und Äußerungen nicht am europäischen Durchschnitt gemessen werden, sondern eine Art Südeuropa-Bonus genießen, der wohl berücksichtigt, dass von dem EG-Gründungsmitglied nicht unbedingt erwartet wird, als kontinuierlicher Aktivposten in der europäischen Integrationsbilanz zu erscheinen.

Rollenwechsel: Unterstützung – Moderation – Blockade?

Mit einer neuen Situation konfrontierte die Regierung Berlusconi die Europäische Kommission und die Partnerländer ab Juni 2001: Eine regelrechte Serie italienischer Einzelvoten gegen die Mehrheitsmeinung der EU-Mitgliedstaaten stellte Italiens Kontinuität in der Europapolitik – neben der transatlantischen Partnerschaft einer der zwei traditionellen Pfeiler italienischer Außenpolitik – zur Disposition. So verabschiedete sich Italien von gemeinsamen EU-Verhandlungspositionen, entschied sich gegen das europäische Transportflugzeug A400M, beteiligt sich aber zum Beispiel an der Entwicklung des US-Kampfjets Joint Strike Fighter.[1]

Für ungleich größere Aufmerksamkeit sorgte der Widerstand der Regierung, namentlich des Ministerpräsidenten selbst, gegenüber dem Europäischen Haftbefehl. Die Gemeinsame Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik gewann nach dem 11. September 2001 auch über Europa hinaus an Bedeutung. Der Europäische Haftbefehl stellt in diesem Rahmen eine Einzelmaßnahme der EU bei der Be-

kämpfung des Terrorismus dar. Zwar konnte der amtierende Ratspräsident Guy Verhofstadt die italienische Regierung zu einem Kompromiss bewegen, dennoch entstand der Verdacht, Rom wolle grenzüberschreitende Strafverfolgung vereiteln. In diesem Zusammenhang konnte Berlusconi Vorwürfe nicht entkräften, wonach er mit seiner Verweigerungshaltung persönlich der Strafverfolgung in anderen EU-Staaten (z.B. Spanien) aufgrund anhängiger Verfahren entgehen wolle. Auch die Blockade der Entscheidung über die Europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde und damit über einen Package-Deal zur Verteilung von Europäischen Agenturen auf die verschiedenen Mitgliedstaaten auf dem Gipfel in Laeken, bestätigte einmal mehr eine neue und ungewohnte Blockadehaltung der italienischen Regierung.

Nach dieser Reihe von als europakritisch zu wertenden Maßnahmen der Regierung, bekannte Berlusconi mit der Entlassung seines Außenministers Renato Ruggiero Farbe: Rom wolle nun in der EU die Rolle eines Moderators übernehmen und einen neuen, undogmatischen Ansatz verfolgen, der stärker die nationalen Interessen Italiens berücksichtige.[2] Durch diese Positionsnahme machte der Ministerpräsident und Interimsaußenminister die politische Einschätzung Roms durch seine EU-Partner wieder möglich. Meinungsverschiedenheiten bei EU-Sachfragen und damit auch Verzögerungen im Entscheidungsprozess konnten zwar nicht aufgelöst werden, aber das Kind wurde beim Namen genannt und Italiens Regierung vollzog nun auch deklaratorisch ihren Positionswechsel in der Europapolitik, entsprechend der Faktenlage.

Ruggieros Rücktritt

Ruggiero, der bei der Bildung der Regierung Berlusconi von Staatspräsident Ciampi und großen Teilen der Industrie als Außenminister durchgesetzt worden war, verließ am 5. Januar 2002 – gerade einmal sieben Monate nach Amtsantritt – die Regierung. Ruggiero galt als Garant für eine integrationsfreundliche Europapolitik. Nach seinem Scheitern hat sich die Aufmerksamkeit auf Ciampi konzentriert. Er steht in seiner Rolle als Symbol der Einheit des Landes für die proeuropäischen Kräfte in der öffentlichen Debatte. Dabei darf seine tatsächliche Macht nicht allein nach seinen verfassungsgemäß eher repräsentativen Aufgaben beurteilt werden. Ciampi hat bereits mehrmals Ministerpräsident Berlusconi bei Konflikten zu sich bestellt und diesen nach Ruggieros Rücktritt ein Treuebekenntnis für einen aktiven und integrationsfreundlichen Kurs gegenüber der EU ablegen lassen.[3]

Aktueller Anlass für Ruggieros Rücktritt waren desinteressierte bis feindliche Kommentare von Verteidigungsminister Antonio Martino, Reformminister Umberto Bossi und Wirtschafts- und Finanzminister Giulio Tremonti über die materielle Einführung und die Zukunft des Euro. Roms Euro-Start war ein logistisches Fiasko, das Italien einmal mehr als abschreckendes Beispiel bei der praktischen Realisierung eines gemeinsamen Europas vorführte. Bereits kurz nach Regierungsbildung hatte sich das Kabinett in das Lager der Proeuropäer um Ruggiero und das der Europaskeptiker um seine Kollegen Tremonti, Bossi und Martino geteilt. Die anhaltenden Meinungsverschiedenheiten in der Europapolitik und konkret zur Euro-

Einführung beantwortete Ruggiero damit, dass er die europapolitische Kontinuität Italiens gefährdet sehe. Die darauf folgende Zurechtweisung durch Berlusconi – Ruggiero sei lediglich ein ausführender Techniker – führte schließlich zum Entlassungsgesuch Ruggieros und am Ende auch zu dessen Annahme durch den Ministerpräsidenten. Das Amt des Außenministers übernahm Berlusconi selbst, um die parteipolitisch fein abgestimmte Ausbalancierung der Koalition aufrecht zu erhalten: Ruggiero war parteiloser Minister, sein Nachfolger hätte – ohne die Lösung Berlusconi – ebenfalls ein parteiloser „Techniker" sein müssen, um das Gleichgewicht zwischen den Koalitionspartnern zu erhalten. Gianfranco Fini, stellvertretender Ministerpräsident und Vorsitzender der Alleanza Nazionale, hatte bereits Ansprüche auf das Amt angemeldet, wurde dann statt dessen Vertreter im Konvent.

Der 5. Januar 2002 kann als Zäsur betrachtet werden zwischen einer ersten Phase, in der die Regierung Berlusconi formal die Fortführung der konsensorientierten Europapolitik – verbunden mit der Person Ruggieros – bekundete, aber nicht praktizierte, und einer zweiten Phase, die erwarten lässt, dass die Umsetzung nationaler Interessen über das Prinzip des verhandlungsgenerierten europäischen Interessenausgleichs gestellt wird, formal aber als „Moderation"[4] und „Vermittlung"[5] bezeichnet wird. Als positives Ergebnis bleibt festzuhalten, dass die offene Auseinandersetzung in der Regierung um den europapolitischen Kurs zumindest auch wieder verstärkt das Interesse der Bevölkerung auf das Thema Europa und EU lenkte.

Zwar entspricht mit der Artikulierung der knappen Interimsstrategie „Priorität der nationalen Interessen – Entideologisierung – Pragmatisierung" die Definition der Europapolitik auch wieder der Realität politischen Handelns, allerdings ist eine solche Position für ein Gründungsmitglied der EU nicht nur ungewöhnlich, sondern sie bringt es auch auf Kollisionskurs mit den Interessen der anderen Partner.

Mittelfristig stellt sich nun nicht nur für Rom, sondern besonders auch für seine EU-Partner die Frage nach dem neuen europapolitischen Kurs der Regierung Berlusconi. Wird die Kooperationsbereitschaft Italiens durch den neuen Pragmatismus leiden? Kann überhaupt von einer kohärenten Neudefinition italienischer Europapolitik gesprochen werden? Wenn ja, wie lässt sich das Leitmotiv einer solchen Politik der Mitte-Rechts-Regierung charakterisieren?

Stabilität, Finanzen und Reform der EU-Politiken

Mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde der europäischen Integration ein Messinstrument gegeben, das erstmalig die Ernsthaftigkeit europäischen Engagements auf wirtschaftlichem Gebiet in Ziffern und Zahlen überprüfen kann. Bis Anfang 2002 zeigten die Werte für Italien auch grünes Licht, obwohl das Land der Europäischen Währungsunion beigetreten war, ohne alle Maastricht-Kriterien – die Staatsschulden werden für das Jahr 2002 immer noch auf 109,3% des BIP geschätzt[6] – zu erfüllen. Italien konnte sich im vergangenen Jahr auch nicht der Schwäche der Euro-Zone entziehen. Die Wirtschaft schrumpfte im vierten Quartal 2001 erstmals seit drei Jahren wieder, was zu einem leicht unter den Erwartungen liegenden Wachstum von 1,8% im Gesamtjahr führte.

Das Schlüsseldokument des italienischen Finanzministeriums für die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts[7] liegt Ende Juli 2002 dem Parlament zur Lesung vor. Inwieweit aber dieses Papier tatsächlich der Realität gerecht wird, bleibt nach einer Revision der Berechnungsgrundlage der italienischen Neuverschuldung durch die Kommission offen. Für 2001 stellt Brüssel einen Wert von 2,2% des BIP gegenüber zwischenzeitig verlautbarten 1,6% des BIP fest. Spätestens seit Bekanntwerden des Haushaltsdefizits Portugals von 4,1% des BIP im Jahr 2001 und der Einleitung eines Sanktionsverfahrens, werden in Rom sowohl in Wissenschaftskreisen[8] als auch in der Politik[9] Stimmen laut, die zumindest eine Flexibilisierung der Stabilitätskriterien, also eine individuelle Anpassung der bis jetzt fixen Vorgaben zum Beispiel an die Höhe der Staatsschulden, fordern.

Die Finanzplanung 2003-2006 wurde nach einem Kassensturz der Regierung Berlusconi erarbeitet und setzt zur beschleunigten Sanierung des Haushalts und damit auch zur Erfüllung des Stabilitätspakts ein umfangreiches aus fünf Teilen bestehendes Reformpaket voraus:

- eine Steuerreform, die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen sowie Unternehmen entlasten soll,
- Liberalisierung und Modernisierung des Arbeitsmarkts,
- Kostensenkung der Sozialversicherung durch Verlängerung der Lebensarbeitszeit und Aufbau eines zweiten Pfeilers in der Rentenversicherung,
- Modernisierung der öffentlichen Verwaltung durch Flexibilisierung der Haushaltstitel der Ressortministerien,
- Finanzierung der Infrastruktur durch größeren Rückgriff auf die Privatwirtschaft.

Ein weiteres und jüngst umstrittenes Projekt zur Beschaffung von Finanzmitteln ist die umfassende Kapitalisierung von Staatsbesitz, was im weitesten Sinn auch Kunst- und Kulturgüter sowie das Staatsterritorium selbst betrifft.

Reformen sollen in den Sektoren Öffentliche Verwaltung, Bildung, Kultur, Gesundheit, Umweltschutz, Sicherheit, Justiz, Verteidigung, Außenpolitik und „devolution", also Dezentralisierung und Föderalisierung, durchgeführt werden. Dringender Handlungsbedarf besteht bei der Verbesserung bzw. Wiederherstellung der nationalen Infrastruktur – die Wasserknappheit im Süden kann hier als prominentes Beispiel angeführt werden –, dem Ausbau der Verkehrswege, dem Aufbau des Mezzogiorno, der Agrarpolitik, der Privatisierung und Liberalisierung sowie der Förderung von Technologie und moderner Telekommunikation. Unfälle wie das Zugunglück nahe Messina im Juli 2002 mit acht Toten oder auf dem Mailänder Flughafen Linate im Oktober 2001 mit 118 Toten verdeutlichen die auch gegenüber anderen südlichen EU-Mitgliedern gravierenden Modernisierungsdefizite gerade des öffentlichen Transports.

Diese Strukturreformen sollen – immer vor dem Hintergrund des Zeitraums 2003-2006 – ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von knapp 0,6% garantieren, den Ausgleich von Staatsausgaben und Staatseinkünften ermöglichen, die Arbeits-

losigkeit von 9,1 auf 6,8% senken, die Beschäftigung von 54,6 auf 60% erhöhen und die Steuerlast von 42,3 auf 39,8% senken.

Bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) trifft die Vorlage von Kommissar Fischler[10] auf Zurückweisung durch Landwirtschaftsminister Alemanno. Italien hatte bereits in einem Positionspapier vom Januar 2002[11] weitgehende Reformschritte angemahnt. Als Grundlage für eine Neufinanzierung der Europäischen Landwirtschaft wird eine stärkere Berücksichtigung der italienischen Agrarstruktur verlangt. Gegenwärtig würden Italiens Bauern bestraft, da sie zwar 16% der EU-Produktion erzeugten, aber lediglich 11 bis 12% aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft erhielten. Darüber hinaus würde der Großteil der gegenwärtigen Agrarmarktordnung nicht den Charakteristika der italienischen Landwirtschaft gerecht. Ausdrücklich hält das Papier fest, dass es angesichts der Ausgabenverteilung definitiv nicht im Interesse Roms ist, die laufende Agrarpolitik weiterzuführen.[12] Die GAP sei vielmehr zu sehr auf die kontinentalen, also mitteleuropäischen und nicht mediterranen Landwirtschaftsprodukte ausgerichtet und benachteilige die diversifizierten italienischen Qualitätsprodukte. Eine entsprechende Reform dürfe allerdings auch nicht die Reduzierung oder Renationalisierung der GAP zum Ziel haben. Entsprechende Vorschläge würden von italienischer Seite zurückgewiesen werden. Für die anstehenden Verhandlungen über Europas Agrarpolitik zeigt sich Italien demnach in einer harten, wenig konzessiven Ausgangsstellung.

Italien und Europa

Nach dem Amtsantritt der Regierung Berlusconi und der Entlassung Ruggieros gab es offiziell keinen „Fall Italien"[13] – auch zur Enttäuschung einiger Kommentatoren, die im Vergleich zum „Fall Haider" auf Italiens Größe und seine Rolle als Gründungsmitglied der EU anspielten. Auch der deutsche Außenminister Fischer kehrte im Januar 2002 äußerlich beruhigt und zufrieden von einem Gespräch mit Berlusconi in Rom zurück.[14] Deutliche Differenzen, auch um Berlusconis Koalitionspartner und Kabinettsmitglied Umberto Bossi, der die EU in der Öffentlichkeit wiederholt diskreditierte und beleidigte, wurden im Vorfeld des italienisch-deutschen Gipfels in Triest am 8. März 2002 sichtbar.[15] In der Pressekonferenz zeigten sich Gemeinsamkeiten nur in allgemeinen Angelegenheiten, zumal der Gipfel auch nur in einem reduzierten Programm durchgeführt wurde. Schröder erklärte auf eine Pressefrage, die Irritationen um Bossi seien ausgeräumt worden, Berlusconi bestimme die Linie der italienischen Außenpolitik und deshalb dürfe man die Äußerungen von Bossi nicht zu ernst nehmen.

Dabei scheint es momentan so, als ob Italiens Bürger der EU gegenüber aufgeschlossener denn je seien. Konnte 1999 noch eine erwachende Europaskepsis festgestellt werden,[16] so haben die Italiener ihre Spitzenstellung unter den Europäern in Sachen Europabegeisterung wieder zurückerobert. Umfragen belegen,[17] dass die Italiener die Mitgliedschaft in der EU im Herbst 2001 wieder zu 64% als positiv erachten – ein Wert der das letzte Mal im Herbst 1998 erreicht wurde, also zu einer

‚Zeit, als die „Aufholjagd" Italiens nach der Mitgliedschaft und Teilhabe an allen Integrationsprojekten noch im vollen Gang war. Aufschlussreich ist auch die Hierarchisierung des Vertrauens der italienischen Bürger in die verschiedenen politischen Ebenen:

Das Vertrauen in die Institutionen

(Ja-Antworten in Prozentangaben der befragten Personen / Fragestellung: Haben Sie Vertrauen in die folgenden Organisationen, Institutionen?)[18]

	1998	1999	2000	2001
EU	56,9	71,5	56,8	53,1
Gemeinde	42,5	49,4	41,7	42,2
Region	-	-	43,7	38,7
Italien	25,9	38,3	25,9	28,5

Es bleibt festzuhalten, dass die EU damit die Institution ist, der die Italiener das größte Vertrauen schenken.

Kritikpunkt der innerstaatlichen Opposition wie auch der europäischen Partner wird aber auch in Zukunft der nur unbefriedigend gelöste Interessenskonflikt Berlusconis als Regierungschef und einflussreichster Unternehmer im Medienbereich bleiben. Es widerspricht den Gepflogenheiten in den meisten EU-Ländern, dass 90% des Fernsehmarktanteils potentiell von einer Person kontrolliert werden kann.

Überraschend wurde auch eine recht starke Neigung zur Profilierung des Regierungschefs Berlusconi bei internationalen Anlässen festgestellt, die in der Phase der Koalitionsbildung der Vereinigten Staaten kurz vor dem Angriff gegen Afghanistan in der umgehend von allen Seiten kritisierten Äußerung gipfelte, die Zivilisationen des Westens und des Islams könnten „nicht auf ein und dieselbe Stufe gestellt werden" und man müsse sich in Europa „der Überlegenheit unserer Zivilisation bewusst sein, die auf Grundsätzen und Werten beruht, die den Wohlstand im Gemeinwesen herbeiführten."[19]

Zuletzt standen auch drei empfindliche politische Niederlagen für Berlusconi an: Im Juni konnte die Mitte-Links-Opposition bei den Kommunal- und Provinzwahlen einen deutlichen Erfolg feiern. Dann trat seine rechte Hand in der Forza Italia, Innenminister Claudio Scajola, zurück, nachdem dieser sich abfällig über den im März ermordeten Arbeitsrechtler Marco Biagi geäußert hatte. Schließlich kamen die Ermittlungen anlässlich der Gewaltakte am Rande des G8-Gipfels in Genua 2001 auch zu dem Ergebnis, dass Polizeieinheiten maßgeblich Beweise fälschten, indem sie etwa Molotow-Cocktails in den Unterkünften von Globalisierungsgegnern versteckten.[20]

Roms Perspektiven

Die EU befindet sich in einer Phase wichtiger Entscheidungen. Der Europäische Konvent tagt, um für die nächste Regierungskonferenz, die nach Berlusconis Wunsch unter italienischer Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2003 abgeschlossen werden soll, einen fortschrittlichen Vertragsentwurf zu erstellen. Gleichzeitig werden die Erweiterungsverhandlungen abgeschlossen und Europa muss sich in der veränderten weltpolitischen Lage neu positionieren.

Die Regierung in Rom betrachtet ihren Wahlsieg von 2001 als eine Trendwende für ganz Europa: Das Ende der Vormacht sozialdemokratischer Regierungen in den EU-Mitgliedstaaten läute eine neue Europapolitik ein, die in der Praxis tendeziell zu mehr Intergouvernementalismus und weniger Gemeinschaftlichkeit führt. Mit diesem Konzept gerät die Kommission – einerseits auf Grund der Vorherrschaft der Mitte-Links-Regierungen in Europa zur Zeit ihres Zustandekommens und andererseits aus ihrer Aufgabenstellung heraus – als erstes in Konflikt. Italiens europapolitischer Kurs ist seit 2001 aber von so wenig Diplomatie und Kooperationsbereitschaft gezeichnet, dass auch die belgische und sogar die spanische, von Konservativen geführte Ratspräsidentschaft in Rom nicht nur vermitteln mussten, sondern es zu handfesten Spannungen kam.[21]

Insofern ist es auch nicht verwunderlich, wenn Italien der Sprung zu den großen Drei nicht gelingt. Trotz bilateraler Gipfel, wie zum Beispiel im Vorfeld des Barcelona-Gipfels mit Großbritannien, und dem Wunsch nach neuen strategischen Partnerschaften in der EU, wird es auch und gerade Berlusconi nicht gelingen, Rom aus der europastrategischen Isolation zu führen. Der Vorabgipfel in Gent auf Einladung von Präsident Chirac ohne die Beteiligung Italiens ist dafür ein klarer Beweis, der auf der Apenninenhalbinsel wieder zum medialen Aufschrei führte, das Land zähle nichts in Europa und der EU stünde die Gefahr eines Direktoriums bevor.

Die Fortführung der kooperativen und engagierten italienischen Europapolitik ist ernsthaft gefährdet. Die umfassende Bereitschaft Roms zur Teilhabe an allen Integrationsprojekten steht auf dem Spiel. Im Gegensatz zu den für Italien schwierigen Integrationsschritten Euro und Schengen hängt dabei die Frage nach „In" oder „Out" nicht von den EU-14, sondern in erster Linie von der italienischen Regierung ab, die tendenziell scheinbar versucht, bei neuen Integrationsschritten ein „Europa à la carte" für sich zu reklamieren.

Eine Begründung für diese kritische Auffassung und Einschätzung der europäischen Integration durch Rom kann vielleicht die innenpolitische Situation Italiens liefern. Einen wichtigen Faktor, unabhängig von der jeweiligen Regierung, stellt die massive Vertrauenskrise der Italiener gegenüber der Politik da. Politisches Handeln wird längst nicht mehr als alleiniges Mittel der Problemlösung auf dem staatlichen und gesellschaftlichen Sektor akzeptiert. Ein Großteil der Bürger traut der Wirtschaft selbst im Bereich des Politischen größere Reformkompetenz zu. Zehn Jahre nach Tangentopoli, das eine politische Klasse vollständig auslöschte und das Parteiensystem seiner klassischen politischen Mitte entledigte, stehen Parteien in der Regierungsverantwortung, die von den Rändern des Systems her diese Lücke füllten. Die „neuen" politischen Kräfte wie Berlusconis Forza Italia müssen nicht zwin-

gend den früher gültigen europapolitischen Konsens befolgen. Nur in einer solchen Konstellation und in der Koalition mit Berlusconi kann es einem politischen Rechtsaußen wie Gianfranco Fini mit seiner Alleanza Nazionale gelingen, als Wahrer des Rechtsstaats aufzutreten. Anhaltende Proteste in Form des nach 20 Jahren ersten Generalstreiks am 16. April 2002, aber auch Grassrootbewegungen gegen die Einflussnahme des Ministerpräsidenten auf das öffentliche Leben und den Umbau des politischen und sozialen Systems belegen den massiven und offenen Dissens großer Teile der italienischen Gesellschaft mit dem Handeln der Regierung.

Anmerkungen

1. „...while Italy signs on for Level 2 JSF participation", in: Jane's Defence Weekly, 3.7.2002, S. 3.
2. Financial Times Deutschland vom 18.1.2002, S. 13.
3. Vgl. Agence Europe Nr. 8128, 14./15. Januar 2002, S. 4 und Discorso del Presidente Silvio Berlusconi alla Camera dei Deputati – 14 gennaio 2002, auf: http://www.governo.it/servizi/testo_int.asp?d=15128
4. Financial Times Deutschland vom 18.1.2002, S. 13.
5. Vgl. „Berlusconi says Italy has abandoned its pro-EU approach", auf: EurActiv.com.
6. DPEF 2003-2006, unter: http:// www.dt.tesoro.it/Aree-Docum/Analisi-Pr/Documenti-/Documento-/DPEF-2003-2006.pdf.
7. DPEF: Documento die Programmazione Economica e Finanziaria.
8. Fiorella Kostoris Padoa Schioppa, Präsidentin des Istituto di Studi e Analisi Economica (ISAE) bei einem Vortrag am ifo Institut am 8. 7.2002.
9. Vgl. „Härtetest für den Euro-Stabilitätspakt", Süddeutsche Zeitung, 27.7.2002, S. 1.
10. Halbzeitbewertung der Gemeinsamen Agrarpolitik, auf: http://europa.eu.int/comm/ agriculture/mtr/comdoc_de.pdf.
11. Agricultural Policy: the run-up to the mid-term review of Agenda 2000 – The Italian position, auf: http://register.consilium.eu.int/pdf/en/02/st05/05615en2.pdf.
12. Ebd., S. 6.
13. Siehe dazu auch: „Gibt es in der EU heute einen ‚Italienischen Fall'?", in: Agence Europe Nr. 8135, 24.1.2002.
14. Agence Europe Nr. 8131, 18.1.2002, S. 4.
15. Vgl. „Berlusconis außenpolitischer Kurs gibt den Deutschen Rätsel auf" und „Schröder kritisiert italienische Attacken gegen die EU", Handelsblatt, 8./9.3.2002.
16. Maruhn, Roman: Italien, in: Weidenfeld Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1999/2000, Bonn 2000, S. 348.
17. Diamanti, Ilvo: Gli Italiani si riscoprono euroentusiasti, in: liMes – Rivista italiana di geopolitica 1-2002, S.53-62
18. Quelle: ebd., S.56.
19. Agence Europe Nr. 8058, 28.9.2001, S. 5
20. La Repubblica: „G8, vicequestore indagato per le Molotov alla Diaz", auf: http://www.repubblica.it/online/politica/gottoventitre/indagato/indagato.html.
21. „Berlusconi will Piqué nicht empfangen", FAZ, 9.1.2002.

Weiterführende Literatur

Amato, Giuliano: Tornare al futuro – La sinistra e il mondo che ci aspetta, Roma/Bari 2002.

Ginsborg, Paul: Italy and its Discontents 1980-2001, London 2001.

Masala, Carlo: Italien, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Europa-Handbuch, Gütersloh 2002, S. 163-171.

La primavera dei movimenti, Zeitschrift Micro Mega 2/2002.

Missiroli, Antonio: Italy, in: Manners, Ian/Whit man, Richard G.: The Foreign Policies of European Union Member States, Manchester 2000, S. 87-104.

Piccola Grande Europa, liMes – Rivista italiana di geopolitica 1/2002.

Sommer, Michael: Im Süden nichts Neues: Zur aktuellen Entwicklung des italienischen Parteiensystems, in: PVS 43 (2002) I, S. 112-141.

http://www.italia.gov.it.

http://www.tesoro.it.

http://www.italydaily.it

http://www.manipulite.it.

http://www.democrazialegalita.it.

http://www.societacivile.it.